41 / 2012 www.SBL2013.de 21.12.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
so, nun ist die Zeit der Ruhe gekommen… die Termine der letzten Wochen sind abgearbeitet, manche Aufregung verflogen, der Schreibtisch ist leer… der Akku auch ☺!
Zeit für Familie, Zeit für Weihnachten.
Ich wünsche euch, dass ihr die die Weihnachtszeit im Kreise eurer Lieben genießen könnt und das ihr gut ins neue Jahr 2013 rutscht! Ein Jahr, das für euch vor allem viel Glück, Erfolg und Gesundheit bereithalten soll! Und ein Jahr, dass für die politische Weichenstellung in unserem Land von ganz großer Bedeutung sein wird! Wir werden mit Schwung und Elan das Jahr 2013 begrüßen und ich freue mich auf einen tollen Wahlkampf gemeinsam mit euch!
Doch nun erst einmal: Fröhliche Weihnachten!!
Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Künstler – Wirtschaftliche und soziale Lage verbessern!

Die Situation vor allem bildender Künstlerinnen und Künstler ist in vielen Fällen dramatisch. Die Zahlen der Künstlersozialkasse und eine Studie des Bundesverbandes der Bildenden Künstler (BBK) aus dem Jahr 2008 machen das deutlich. Deshalb war es uns wichtig, mit Vertretern der Museen, der Galerien, der Kunstvereine und der Künstler, darüber im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages zu sprechen. Dabei wurde deutlich, dass es neben der Verankerung eines gesetzlichen Anspruchs auf eine Ausstellungsvergütung im Urheberrecht oder der Zahlung eines Ausstellungshonorars nach dem schwedischen Modell, weitere Ansätze gibt, die wirtschaftliche und soziale Lage von bildendenden Künstlerinnen und Künstlern zu verbessern.
Das schwedische Modell – durch eine Veranstaltung und eine Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) im Oktober 2010 in Deutschland bekannt geworden – bietet dafür sicherlich einen Ansatzpunkt, der beispielsweise in Sachsen ganz aktuell mit einer eigenen Richtlinie aufgegriffen wurde. Daneben müssen aber auch Instrumente, wie die Erhöhung der Ankaufsetats öffentlicher Ausstellungshäuser, die Förderung von Ateliers, Galerien und Messen sowie der Erhalt der Künstlersozialkasse betrachtet und gezielt verbessert werden.
Seit Jahren beobachten wir die zunehmend prekäre Einkommenssituation nicht nur der bildenden Künstlerinnen und Künstler.
Wir haben mit unserem Antrag „Die soziale und wirtschaftliche Lage der Kultur- und Kreativschaffenden“ eine ganze Reihe von Aspekten benannt, bei denen politischer Handlungsbedarf besteht.
Wir fordern die Bundesregierung unter anderem auf, notwendige Anpassungen beim Urhebervertragsrecht vorzunehmen, den Anspruch auf Arbeitslosengeld I auch für kurz befristet Beschäftigte zu ermöglichen, die soziale Absicherung insbesondere für Soloselbstständige und nicht ständig Beschäftigte insgesamt zu verbessern sowie soziale Standards und Mindesthonorare in der öffentlichen Kulturförderung zu berücksichtigen. Wir werden uns weiterhin vehement dafür einsetzen, die soziale und wirtschaftliche Lage der Kultur- und Kreativschaffenden zu verbessern.

Dass die schwarz-gelbe Bundesregierung dieses Thema komplett ignoriert, wird im Bundestagswahlkampf 2013 eine Rolle spielen.

Frauen und Gleichstellung

Altersarmut – Frauen sind besonders betroffen!

Altersarmut ist weiblich. Das bestätigt erneut eine Studie der OECD.
Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler gibt hingegen auf der Internetseite des Ministeriums bekannt: Altersarmut sei derzeit kein Problem in Deutschland. Das ist schlichtweg falsch, reiner Hohn und ein erneuter Beweis dafür, dass diese Bundesregierung die Probleme der Menschen nicht ernst nimmt, geschweige denn anpackt. Denn kein anderes Land innerhalb der OECD hat eine so große Rentenlücke zwischen Männern und Frauen wie Deutschland.
Im Schnitt erhalten Frauen nur eine halb so hohe Rente wie Männer. Jede Zehnte von ihnen ist auf Unterstützung vom Staat oder Partner angewiesen. Altersarmut ist ein Spiegelbild des deutschen Arbeitsmarktes, der Frauen nach wie vor benachteiligt. Hier muss sich endlich etwas ändern.
Das muss auch ein Wirtschaftsminister sehen. Aber diese Bundesregierung verfährt offenbar nach dem Motto: traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast. Die Realität blendet Schwarz-Gelb völlig aus.

Unsere Bundestagsfraktion hat bereits schlüssige Konzepte zur Vermeidung von Altersarmut von Frauen auf den Tisch gelegt.

Soziale Integration

Armuts- und Reichtumsbericht – Geschönte Variante!

Die Bundesregierung verschließt die Augen vor der zunehmenden sozialen Spaltung in Deutschland. Wir dürfen eine Verfestigung der Armut nicht hinnehmen, sondern müssen entschieden politisch dagegen vorgehen.

In der zweiten Januarhälfte 2013 soll der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung verabschiedet werden.

Im November 2012 hatte es bereits massive Kritik an den redaktionellen Änderungen der Bundesregierung gegeben, wodurch unter anderem Passagen zum Auseinanderdriften der Einkommen gestrichen wurden. Statt die Probleme in diesem Land anzupacken und den Menschen wirkliche Aufstiegsperspektiven zu eröffnen, schreibt sich die Bundesregierung eine heile Welt zusammen.

Wir müssen uns für mehr soziale Gerechtigkeit in diesem Land stark machen. Dazu brauchen wir unter anderem mehr sozialversicherungspflichtige, existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse, eine solidarische, gerechte und lebensstandardsichernde gesetzliche Rentenversicherung, mehr Investitionen in Betreuung und Bildung sowie eine gerechtere Besteuerung der Superreichen.

Gesundheit

Prävention – Der Strategie fehlt das Herz!

Drei Jahre sind tatenlos verstrichen, seit die schwarz-gelbe Bundesregierung eine Präventionsstrategie im Koalitionsvertrag angekündigt hat. Das Warten hat sich nicht gelohnt. Ein bisschen mehr Geld von den Kassen und wohlklingende, aber wolkige Ankündigungen und Forderungen sind keine Strategie.

Das passt zu den Taten der Bundesregierung im Bereich Prävention, wo sie in Regierungsverantwortung mehrfach gekürzt hat. Der „Präventionsstrategie“ fehlt das Herz – nämlich ein Präventionsgesetz.

Ob eine „Ständige Präventionskonferenz“ diesen Makel beseitigen kann, ist äußerst fragwürdig. Nur mit einem Präventionsgesetz lassen sich die derzeit vielfältigen Zuständigkeiten und das Wirrwarr der verschiedenen Programme und oft nur kurzfristigen Projekte im Bereich der Prävention lichten. Union und FDP bürden die Zukunftsaufgabe Gesundheitsförderung allein den gesetzlichen Krankenkassen auf.

Sie ignorieren dabei, dass Prävention in der Verantwortung der gesamten Gesellschaft liegt. Die Finanzierung und Umsetzung allein bei den gesetzlichen Krankenkassen abzuladen, lässt wichtige Akteure außen vor. Mit dem vorliegenden Konzept werden Bund, Länder, Kommunen, Sozialversicherungsträger, PKV und Betriebe weiter jeder ihr eigenes Süppchen kochen oder gar nichts beitragen. Fragwürdig ist, was die Bundesregierung von ihrer „Strategie“ überhaupt noch vor der Bundestagswahl umsetzen will und kann. Die Vorschläge der Koalition sind insgesamt weder neu noch bahnbrechend. An vielen Stellen werden bewährte Strukturen als neu verkauft. Schlimmer wiegt, dass die Koalition, etwa mit dem arztzentrierten Präventionsansatz, erwiesenermaßen Unwirksames auch noch finanziell und strukturell fördern will. Widersprüchlich ist auch, dass die Koalition die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung massiv aufwertet und ausbaut. Die BZgA bekommt dafür aber keine wirksamen Steuerungsinstrumente. Stattdessen soll sie von den Krankenkassen viel Geld für neue Broschüren bekommen – Geld das dann der Bundesgesundheitsminister nicht mehr aus seinem Haushalt bezahlen muss.

Netzwerke brauchen nicht nur warme Worte, sondern konkrete Strukturen und Förderung. Wir brauchen eine konzertierte Aktion zur nachhaltigen Stärkung der Prävention, die auf Verbindlichkeit setzt.

Unsere Bundestagsfraktion hat dazu bereits im vergangenen Jahr einen entsprechenden Antrag „Potenziale der Prävention erkennen und nutzen – Prävention und Gesundheitsförderung über die gesamte Lebensspanne stärken“ eingebracht und Vorschläge für eine wirkliche Präventionsstrategie gemacht.

Die Weihnachtsbäume

Nun kommen die vielen Weihnachtsbäume
Aus dem Wald in die Stadt herein.
Träumen sie ihre Waldesträume
Weiter beim Laternenschein?

Könnten sie sprechen! Die holden Geschichten
Von der Waldfrau, die Märchen webt,
Was wir uns alles erst erdichten,
Sie haben das alles wirklich erlebt.

Da stehn sie nun an den Straßen und schauen
Wunderlich und fremd darein,
Als ob sie der Zukunft nicht recht trauen,
Es muss da was im Werke sein.

Freilich, wenn sie dann in den Stuben
Im Schmuck der hellen Kerzen stehn
Und den kleinen Mädchen und Buben
In die glänzenden Augen sehn,

Dann ist ihnen auf einmal, als hätte
Ihnen das alles schon mal geträumt,
Als sie noch im Wurzelbette
Den stillen Waldweg eingesäumt.

Dann stehen sie da, so still und selig,
Als wäre ihr heimlichstes Wünschen erfüllt,
Als hätte sich ihnen doch allmählich
Ihres Lebens Sinn enthüllt;

Als wären sie für Konfekt und Lichter
Vorherbestimmt, und es müsste so sein.
Und ihre spitzen Nadelgesichter
Blicken ganz verklärt darein.

Gustav Falke . 1853 - 1916

Bonbon

„Meine Großmutter hat mir so lange eingeredet, das Christkind sei ein Engel mit langem weißen Haar, bis ich mir ganz sicher war, daß es einmal an meinem Fenster vorbeigeflogen ist.“

(Rainhard Fendrich, Liedermacher)

Termine

In der Weihnachtspause ist Zeit, sich mit der Familie, Freunden und Bekannten zu treffen und einmal den Moment zu genießen.
Die nächste Ausgabe von Sabines Woche erscheint am 11. Januar 2013.
Bis dahin wünsche ich Euch eine gute Zeit!